

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union

Barbara Lippert

Mit Schweden und Spanien folgten 2009/2010 zwei Mitgliedstaaten im Ratsvorsitz der EU aufeinander, die eine erweiterungsfreundliche Agenda vertraten. Sie managten die Beitrittsverhandlungen, ohne auf akute Herausforderungen antworten zu müssen, aber auch ohne eigene Akzente zu setzen. Während bei den Verhandlungen mit Kroatien die Zielgerade schon in das Blickfeld gerückt ist, kamen die Verhandlungen mit der Türkei nicht vom Fleck. Island, das im Juli 2009 die Mitgliedschaft beantragte, zieht an den übrigen Aspiranten vorbei. Der Europäische Rat votierte im Juni 2010 dafür, die Beitrittsgespräche mit Reykjavik zu eröffnen. Nachdem Serbien im Dezember 2009 einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt hat, warten einschließlich der FJR Mazedonien nunmehr vier Länder auf den Verhandlungsstart. Alles in allem blickt die EU auf ein Jahr zäher Kontinuität zurück, in dem sie an den Eckpunkten ihrer Erweiterungsstrategie festhielt. Auch der Vertrag von Lissabon und der Antritt der Kommission Barroso II brachten zunächst nur personelle und kleinere institutionelle und verfahrensmäßige Neuerungen mit sich.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, besonders der Beinahe-Staatsbankrott Griechenlands, haben jedoch die Umfeldbedingungen für die Erweiterung verschlechtert. Ohnehin werden die Aspiranten vor allem als Problemstaaten wahrgenommen, ob in wirtschaftlicher, politischer oder gesellschaftlich-kultureller Hinsicht. In dieser skeptischen Sicht würden mit ihrer Aufnahme die zentrifugalen Kräfte in der EU gestärkt. Laut der im Februar 2010 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage befürwortet nur eine knappe Mehrheit der EU-Bevölkerung die Fortsetzung der Erweiterung, wenn die Frage generell, ohne Nennung einzelner Kandidaten, gestellt wird: 46 Prozent Befürwortern stehen 43 Prozent Gegner gegenüber. Unverändert ist das Lager der Befürworter in den neuen Mitgliedstaaten mit 64 Prozent besonders groß. In der alten EU-15 stehen 41 Prozent Befürwortern 49 Prozent Gegner gegenüber.¹ Einige Mitgliedstaaten blockieren weiterhin zügige Verhandlungen, sei es wegen bilateraler Probleme mit Kandidaten oder wegen eigensinniger Interpretationen des Verhandlungsrahmens. Der regelgebundene und routinierte Modus der Erweiterungspolitik sorgt einstweilen noch dafür, dass ein Stopp und eine veritable Krise der Erweiterung ausbleiben.

Laufende Beitrittsverhandlungen

Die EU steht weiterhin mit Kroatien und der Türkei in Verhandlungen über die Aufnahme in die Union. Trotz eines positiven Votums der Kommission vom Oktober 2009 gab der Rat noch kein grünes Licht für Verhandlungen mit Mazedonien, das schon im Dezember 2005 den Kandidatenstatus erhielt.

¹ Vgl. Europäische Kommission (nachfolgend KOM): Standard Eurobarometer 72, Table of Results, S. 62, Februar 2010.

Kurz vor Ablauf ihrer Amtszeit legte die Kommission im Oktober 2009 turnusgemäß ihre Berichte über die Fortschritte der Kandidatenländer vor.² Auf diese Referenzdokumente stützte der Rat seine Einschätzungen, und das Europäische Parlament (EP) nahm in Entschlüssen und Berichten dazu Stellung.³ Der Europäische Rat billigte lediglich die Schlussfolgerungen des Rats, sah also keine Veranlassung für neue Impulse oder Richtungsvorgaben.⁴

Für die Türkei, Kroatien und Mazedonien stehen 2009 und 2010 aus dem EU-Haushalt IPA-Mittel, das Instrument für die Heranführungshilfe, in Höhe von insgesamt knapp 1,7 Mrd. Euro zur Verfügung. Davon entfallen auf die Türkei 1,22 Mrd. Euro, auf Kroatien 354 Mio. Euro und auf Mazedonien 174 Mio. Euro.⁵

Die Türkei

Es waren nicht die Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen, die Brüssel Aufmerksamkeit für Ankara abverlangten. Vielmehr lernt die EU eine Türkei kennen, die eine eigenständige, aktive Außenpolitik in ihrer Nachbarschaft betreibt. Die als „neue Außenpolitik“ etikettierte mehrdimensionale Ausrichtung wird unter Rückgriff auf das osmanische Erbe historisch-kulturell grundiert. Sie beansprucht dadurch eine große Spannweite, die vom nahöstlichen Krisenbogen bis hin zum Kaukasus und nach Zentralasien reicht. Darin kommt das Leitbild der „strategischen Tiefe“ zum Ausdruck, das Außenminister Ahmet Davutoglu propagiert. In dieser Konzeption nimmt die EU eine wichtige, aber nicht mehr die überragende Rolle ein.⁶

Die EU begrüßt die allmähliche Normalisierung der Beziehungen zu Armenien⁷ als Teil des „Null Probleme mit den Nachbarn“-Ansatzes. Sie betont den Mehrwert des türki-

2 Vgl. KOM: Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2009-2010, KOM(2009) 533 endg., Brüssel, 14.10.2009; dies.: Croatia 2009 Progress Report, SEC(2009) 1333; dies.: The Former Yugoslav Republic of Macedonia 2009 Progress Report, SEC(2009) 1335; dies.: Turkey 2009 Progress Report, SEC(2009) 1334; dies.: Albania 2009 Progress Report, SEC(2009) 1337; dies.: Bosnia and Herzegovina 2009 Progress Report, SEC(2009) 1338; dies.: Montenegro 2009 Progress Report, SEC(2009) 1336; dies.: Serbia 2009 Progress Report, SEC(2009) 1339; dies.: Kosovo (under UNSCR 1244/99) 2009 Progress Report, SEC(2009) 1340; alle Brüssel, 14.10.2009.

3 Vgl. Rat der EU (nachfolgend Rat): 2984. Tagung des Rats (Allgemeine Angelegenheiten), Ratsdokument 17217/09 vorl., Brüssel, 7.12.2009; Europäisches Parlament (nachfolgend EP): Resolution on the Commission's 2009 enlargement strategy paper concerning the Western Balkan countries, Iceland and Turkey, P7_TA-PROV(2009)0097, Straßburg, 26.11.2009; dass.: Entschließung zu dem Fortschrittsbericht (nachfolgend FB) Kroatien 2009, P7_TA-PROV(2010)0023; dass.: Entschließung zu dem FB 2009 über die Türkei, P7_TA-PROV(2010)0025; dass.: Entschließung zu dem FB 2009 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, P7_TA-PROV(2010)0024, alle Straßburg, 10.2.2010; dass.: Entschließung zum Prozess der europäischen Integration des Kosovo, P7_TA-PROV(2010)0281; dass.: Entschließung zu Albanien, beide Straßburg, 8.7.2010; dass.: Entschließung zum Antrag Islands auf Mitgliedschaft in der EU, P7_TA-PROV(2010)0278, Straßburg, 7.7.2010; Oomen-Ruijten, Ria: Entschließungsantrag zu dem FB 2009 über die Türkei, B7-0000/2009, 8.12.2009; Swoboda, Hannes: Entschließungsantrag zu dem FB 2009 über Kroatien, B7-0000/2009, 4.11.2009; Thaler, Zoran: Entschließungsantrag zu dem FB 2009 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, B7-0000/2009, 4.11.2009.

4 Vgl. Europäischer Rat (Brüssel): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 10./11. Dezember 2009, S. 13 (Rdnr. 39); ders. (Brüssel): Schlussfolgerungen, Brüssel, 17.6.2010, S. 9 (Rdnr. 24-25).

5 Vgl. KOM: IPA-Planung, http://ec.europa.eu/enlargement/how-does-it-work/financial-assistance/planning-ipa_de.htm. Vgl. außerdem European Court of Auditors: Special Report 16/2009 "The European Commission's management of pre-accession assistance to Turkey", ECA/10/03, Brüssel, 13.1.2010.

6 Vgl. Kramer, Heinz: Die neue Außenpolitik-Konzeption der Türkei, SWP-Aktuell 2010/A 25, Berlin, März 2010.

7 Vgl. Statement by the spokesperson of HR Catherine Ashton, on the normalisation of relations between Turkey and Armenia, A 64/10, Brüssel, 26.4.2010; Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 11; KOM: Turkey Progress Report, 2009, S. 86.

schen Engagements auch im Rahmen von ISAF in Bezug auf Afghanistan und Pakistan.⁸ Weitere wichtige Zielländer türkischer Außenpolitik sind die Balkanstaaten, Iran und Irak, wo die Türkei nach dem Abzug der US-Truppen perspektivisch noch bedeutender werden dürfte und nicht immer im Geleitzug von EU und USA, sondern als Macht in und aus der Region heraus agiert.⁹ Das wurde auch bei dem Treffen zwischen der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HV) Catherine Ashton und Davutoglu im April 2010 deutlich, bei dem es hauptsächlich um Sanktionen gegen den Iran ging.¹⁰ Über das Interesse der EU an der Kooperation zur Sicherung der Energieversorgung hinaus wächst also die strategische Bedeutung der Türkei für die EU, selbst wenn Ankara den eigenen hochgesteckten außenpolitischen Ambitionen nicht gerecht werden sollte. Zudem bekräftigte der Rat, dass die Türkei für die Europäer eine Schlüsselrolle beim „Dialog zwischen den Kulturen“¹¹, also mit der islamischen Welt, spielt.

Von dieser geopolitischen Hochschätzung der Türkei haben die Verhandlungen bislang nicht profitiert. Das hat Gründe, die in der türkischen Außen- und Innenpolitik (Kurdenfrage, Zypern, Verfassungsreform), aber auch bei der EU liegen. Die EU selbst findet keinen belastbaren politischen Konsens für eine Aufnahme der Türkei. Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel bevorzugen Alternativen zur EU-Mitgliedschaft. Auch wenn sie am Grundsatz festhält, dass Vereinbarungen einzuhalten sind, thematisierte Merkel bei ihrem Besuch in der Türkei Ende März 2010 die divergierenden Auffassungen im Hinblick auf eine „Vollmitgliedschaft“.¹²

Der lange Schatten des Zypern-Konflikts liegt weiterhin auf den Verhandlungen. Bei vielen Gelegenheiten bekräftigte die EU ihre Position, dass Ankara das Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen umsetzen und seine Häfen für zypriotische Schiffe, Flugzeuge und Waren öffnen müsse.¹³ Aus Sicht Ankaras ist eine Voraussetzung dafür, dass die EU den direkten Handel mit Nordzypern zulässt, also mit dem Teil, der von türkischem Militär besetzt ist und auf dem der Acquis auch nach dem Beitritt der Insel nicht angewendet wird. Die Republik Zypern blockiert im Rat seit langem eine solche Regelung, ebenso wie finanzielle Hilfszusagen. Die Kommission hat nun einen neuen Anlauf unternommen und das EP ins Spiel gebracht, das seit dem Vertrag von Lissabon eine entsprechende Verordnung gemäß Artikel 207 AEUV mitbeschließen muss, sofern Nordzypern wie z.B. Gibraltar oder Ceuta und Melilla behandelt wird. In diesem Fall entscheidet der Rat mit qualifizierter Mehrheit und könnte auch gegen den Willen Zyperns und beispielsweise Griechenlands die Verordnung verabschieden.¹⁴ Diese Rechtsgrundlage ist jedoch strittig. Wenn, wie Nikosia es verlangt, die Direkthandelsverordnung auf das Protokoll 10 zum Beitrittsvertrag Zyperns gestützt würde, müsste der Rat einstimmig entscheiden. Prinzipiell

8 Vgl. KOM: Turkey Progress Report, 2009, S. 86.

9 Siehe beispielhaft die Reaktionen in der Türkei auf die militärische Kommandoaktion Israels gegen die sog. Gaza-Solidaritätsflotte sowie die Abstimmung im VN-Sicherheitsrat gegen verschärfte Iran-Sanktionen im Juni 2010.

10 Vgl. Agence Europe: Talks focus on Iran, Cyprus, Balkans and membership talks, 23.4.2010.

11 Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 11.

12 Vgl. die Pressekonferenz der Bundeskanzlerin mit Ministerpräsident Erdogan, Ankara, 29.3.2010, und die Rede der Bundeskanzlerin beim Deutsch-Türkischen Wirtschaftsforum, Istanbul, 30.3.2010.

13 Vgl. Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 12; EP: Entschließung zu dem FB Türkei, 2010, Punkt 35; Rat: 2770. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten), Ratsdokument 16289/06, Brüssel, 11.12.2006, S. 9.

14 Vgl. KOM: Proposal for a Council Regulation on special conditions for trade with those areas of the Republic of Cyprus in which the Government of the Republic of Cyprus does not exercise effective control, COM(2004) 466 final, Brüssel, 7.7.2004.

lehnt die EU zwar ein Junktim ab, doch ist klar, dass die Etablierung des direkten Handels mit Nordzypern die Türkei unter Zugzwang setzen würde, die Öffnung der Häfen und die indirekte Anerkennung der Republik Zypern zu betreiben. Die Wahl von Dervis Eroglu zum Staatspräsidenten der nichtanerkannten Türkischen Republik Nordzypern verbesserte die Bedingungen für einen Durchbruch in dieser Frage nicht.¹⁵ Das EP rief die türkische Regierung auf, mit dem Abzug der Truppen aus Nordzypern zu beginnen und die Frage der Ansiedlung türkischer Staatsbürger zu klären.¹⁶

Die Bilanz der Beitrittsverhandlungen fällt erneut mager aus: Es bleibt dabei, dass allein das Kapitel Wissenschaft und Forschung vorläufig geschlossen ist. Unter der schwedischen Präsidentschaft wurde nur das Kapitel Umwelt, unter der spanischen das Kapitel Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit eröffnet, damit sind es insgesamt 13.¹⁷ Die spanische Präsidentschaft verfolgte vergeblich das Ziel, auch noch die drei Kapitel Öffentliche Auftragsvergabe, Beschäftigung und Soziales sowie Wettbewerbspolitik zu eröffnen. Voraussetzung dafür ist, dass die Türkei die einstimmig von den 27 Regierungen im Rat festgesetzten Zielvorgaben (Benchmarks) erfüllt. Der türkische Chefunterhändler, Egemen Bagis, beklagte, dass Zypern die Eröffnung des Energie-Kapitels blockiere.¹⁸ Der Rat konstatierte unabhängig von diesen Vorwürfen, dass die Verhandlungen nun in ein „anspruchsvolleres Stadium“ gelangt seien, bei dem die Türkei besondere Anstrengungen machen müsse, um die hohen EU-Anforderungen zu erfüllen.¹⁹ Aus Sicht des Rats hat es also die Türkei in der Hand, das Tempo der Verhandlungen zu beschleunigen. Einstweilen bleiben die acht Kapitel eingefroren, die im Zusammenhang mit den Assoziierungsverpflichtungen stehen. Gleiches gilt für das von der französischen Regierung forcierte Ausklammern jener fünf Kapitel, die nur im Falle einer Mitgliedschaft greifen (vgl. Übersicht).

Bei der Erfüllung der Kriterien für den Beitritt zeichnen die EU-Organe ein gemischtes Bild, bei dem einigen Fortschritten und positiven Anzeichen (Justiz, zivil-militärische Beziehungen in der Auseinandersetzung um Ergenekon und bei der Kurdenfrage) deutliche Defizite vor allem bei den politischen Reformen (Menschenrechte und Grundfreiheiten, tief greifende Verfassungsreform) gegenüberstehen. Klarer als Rat und Kommission spricht das EP die Rückstände bei den politischen Reformen an.²⁰ Alle Organe begrüßen die demokratische Initiative der türkischen Regierung, einen Dialog mit der Zivilgesellschaft und politischen Kräften über „traditionell heikle Themen“²¹ wie die Kurdenfrage zu führen. Die Ernennung eines hauptamtlichen Chefunterhändlers, der auch die Reformmaßnahmen in Bezug auf die Anpassung an den Acquis koordiniert, bewerten Rat und Kommission positiv.²²

Der Rat rief die Türkei auf, das Reformtempo zu erhöhen und bezog dies auf die „Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit nach dem Gesetz und in der Praxis für alle Religionsgemeinschaften, Achtung von Eigentumsrechten, Gewerkschaftsrechte, Rechte

15 Vgl. Seufert, Günter: Geringer Wille zur Einigung auf Zypern, SWP-Aktuell 2010/A 42, Berlin, Mai 2010.

16 Vgl. EP: Entschließung zu dem FB Türkei, 2010, Punkt 37.

17 Vgl. für einen Überblick: Agence Europe: Environment chapter opened – Ankara calls for progress on visa liberalisation, 22.12.2009. Verhandlungen auf Ministerebene fanden unter der schwedischen Präsidentschaft am 21.12.2009 und unter der spanischen am 30.6.2010 statt.

18 Vgl. Euobeserver.com: Spain champions Turkish membership in EU 'family', 25.1.2010.

19 Vgl. Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 11.

20 Vgl. EP: Entschließung zu dem FB Türkei, 2010, Punkt 6.-12.

21 Ebd., Punkt 1.

22 Vgl. Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 10; KOM: Turkey Progress Report, 2009, S. 8, 30.

von Personen, die Minderheiten angehören, zivile Kontrolle des Militärs, Rechte der Frauen und des Kindes, Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung“.²³ Er begrüßt die erklärte Absicht der türkischen Regierung, gegen Folter und Misshandlung strafrechtlich vorzugehen. Die Kommission qualifiziert die Erfüllung der politischen Kriterien des Beitritts als „ausreichend“.²⁴ Damit hat die Türkei in den fünfjährigen Verhandlungen noch nicht das Niveau erreicht, das alle vorherigen Kandidaten bereits bei der Eröffnung zugesprochen bekamen.

Besser fällt das Urteil darüber aus, wie die Türkei die wirtschaftlichen Kriterien erfüllt. Als funktionierende Marktwirtschaft eingestuft, hat sie sich in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als robust erwiesen. Steigende öffentliche Ausgaben, wachsende Arbeitslosigkeit und nur schleppend vorankommende Strukturreformen sind allerdings Warnzeichen. Bei der Übernahme des Primär- und Sekundärrechts der EU durch die Türkei verzeichnet die Kommission Fortschritte. Sie nennt transeuropäische Netze, Energie, Wissenschaft und Forschung (also Verhandlungskapitel, die kurz vor der Eröffnung stehen oder geschlossen sind), außerdem die Bereiche freier Warenverkehr, Rechte an geistigem Eigentum, Unternehmens- und Industriepolitik, Kartellpolitik, Verbraucher- und Gesundheitsschutz. Erheblicher Handlungsbedarf existiert hingegen in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Tier- und Pflanzengesundheit, staatliche Beihilfen, Justiz und Inneres sowie Sozialpolitik. Im Gesellschaftsrecht registriert die Kommission keinerlei Fortschritte, und sie mahnt den weiteren Ausbau der Verwaltungskapazitäten an.²⁵

Die Türkei unterzeichnete im Juli 2009 eine zwischenstaatliche Vereinbarung über den Bau der Erdgasleitung Nabucco mit den Transitländern Österreich, Ungarn, Rumänien und Bulgarien, was allseits in der EU begrüßt wurde. Die Türkei unterstützt jedoch außerdem die von Moskau betriebene South Stream Pipeline, durch die russisches und kaspisches Erdgas nach Süd- und Zentraleuropa befördert werden soll.²⁶ Als Teil ihrer Maßnahmen gegen die illegale Migration im Mittelmeerraum hat die EU den Dialog über Migration mit der Türkei als einem der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer verstärkt und rasche Vereinbarungen zu Rückübernahme und Grenzkontrollen gefordert.²⁷ Auch die Türkei will die Ende 2006 eröffneten, aber kaum vorangekommenen Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen nun zügig abschließen. Denn das Rückübernahmeabkommen ist eine der Bedingungen der EU für die Aufnahme des von der Türkei angestrebten Visaliberalisierungs-Dialogs. Vor dem Hintergrund der Visafreiheit für Westbalkanländer dringt die türkische Regierung hier auf Gleichstellung.²⁸

23 Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 11.

24 KOM: Erweiterungsstrategie 2009-2010, 2009, S. 78.

25 Vgl. ebd., S. 82-83.

26 Vgl. Kramer, Heinz: Die Türkei als Energiedrehscheibe, SWP-Studie 2010/S 09, April 2010.

27 Vgl. Europäischer Rat (Brüssel): Schlussfolgerungen, 18./19. Juni 2009, S. 15 (Rdnr. 38); Schlussfolgerungen, 29./30. Oktober 2009, S. 11 (Rdnr. 38).

28 Vgl. Agence Europe: Environment chapter opened, 22.12.2009.

Die Erweiterung der Europäischen Union

Übersicht: Stand der Verhandlungen mit Kroatien und der Türkei (Stand: 30.6.2010)

Kapitel		Kroatien		Türkei	
		eröffnet	geschlossen	eröffnet	geschlossen
1	Freier Warenverkehr	25.07.2008	19.04.2010	*	
2	Arbeitnehmerfreizügigkeit	17.06.2008	02.10.2009	***	
3	Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr	26.06.2007	21.12.2009	*	
4	Freier Kapitalverkehr	02.10.2009		19.12.2008	
5	Öffentliche Auftragsvergabe	19.12.2008	30.06.2010		
6	Gesellschaftsrecht	26.06.2007	02.10.2009*	17.06.2008	
7	Rechte an geistigem Eigentum	29.03.2007	19.12.2008	17.06.2008	
8	Wettbewerbspolitik	30.06.2010			
9	Finanzdienstleistungen	26.06.2007	27.11.2009	*	
10	Informationsgesellschaft und Medien	26.06.2007	19.12.2008	19.12.2008	
11	Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	02.10.2009		*/**	
12	Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit	02.10.2009		30.06.2010	
13	Fischerei	19.2.2010		*	
14	Verkehr	21.04.2008		*	
15	Energie	21.04.2008	27.11.2009	***	
16	Steuern	02.10.2009		30.06.2009	
17	Wirtschafts- und Währungspolitik	21.12.2006	19.12.2008	**	
18	Statistik	26.06.2007	02.10.2009*	26.06.2007	
19	Beschäftigung und Soziales	17.06.2008	21.12.2009		
20	Unternehmens- und Industriepolitik	21.12.2006	25.07.2008	29.03.2007	
21	Transeuropäische Netze	19.12.2007	02.10.2009*	19.12.2007	
22	Regionalpolitik und Koordinierung der Strukturinstrumente	02.10.2009		**	
23	Justiz und Grundrechte	30.06.2010		***	
24	Recht, Freiheit und Sicherheit	02.10.2009		***	
25	Wissenschaft und Forschung	12.06.2006	12.06.2006	12.06.2006	12.06.2006
26	Bildung und Kultur	11.12.2006	11.12.2006	***	
27	Umweltschutz	19.2.2010		21.12.2009	
28	Verbraucherschutz und Gesundheitsschutz	12.10.2007	27.11.2009	19.12.2007	
29	Zollunion	21.12.2006	02.10.2009*	*	
30	Außenbeziehungen	12.10.2007	30.10.2008	*	
31	Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	30.06.2010		***	
32	Finanzkontrolle	26.06.2007		26.06.2007	
33	Finanz- und Haushaltsbestimmungen	19.12.2007		**	
34	Institutionen			**	
35	Sonstiges				
<i>Summe</i>		33	19	13	1

* Verhandlungen durch Ratsbeschluss vom 14.12.2006 vorläufig ausgesetzt

** Grundsätzlich blockiert von Frankreich

*** blockiert von Zypern

Quellen: Rat der EU, Europäische Kommission, Agence Europe.

Kroatien

Bündig stellte der Rat im Dezember 2009 fest, dass die Verhandlungen mit Kroatien in die Schlussphase einträten.²⁹ Äußeres Zeichen dafür ist die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die im Dezember 2009 damit begann, den Beitrittsvertrag auszuarbeiten. Bis Mitte 2010 waren 19 Kapitel geschlossen und mit Ausnahme der Kapitel Institutionen sowie Sonstiges alle Kapitel eröffnet, was heißt, dass die Eröffnungsbenchmarks und damit grundlegende Anforderungen erfüllt sind (vgl. Übersicht).

Der Rat machte aber zugleich klar, dass Kroatien für die Aufnahme noch einige Anstrengungen unternehmen müsse. Die EU hat sich politisch nicht auf einen Zeitplan verpflichtet. Denn Kroatien könne sein Ziel, die Verhandlungen 2010 abzuschließen, nur erreichen, wenn die angemahnten Reformen rechtzeitig durchgeführt und Benchmarks in den einzelnen Verhandlungskapiteln, vor allem im Bereich Justiz und Grundrechte, erreicht würden.³⁰ Weitere Monita betreffen die „uneingeschränkte Zusammenarbeit“³¹ mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ). Die EU kritisiert, dass die vom Chefankläger des IStGHJ geforderten Militärdokumente über die so genannte Operation Sturm von 1995 nicht geliefert worden seien und glaubwürdige Ermittlungen ausstünden. Wegen des dilatorischen Verhaltens der Regierung in Zagreb erfolgte die Öffnung des Justiz- und Grundrecht Kapitels erst Ende Juni 2010.³²

Ein weiterer Stolperstein, die Grenzstreitigkeiten mit Slowenien an der Adriabucht, wurde durch die Vereinbarung, die am 4.11.2009 in Stockholm auch dank des Engagements der schwedischen Präsidentschaft unterzeichnet wurde, aus dem Weg geräumt. Die Slowenen stimmten im Juni 2010 in einem Referendum mehrheitlich dafür, dass die Frage durch ein internationales Schiedsgericht geklärt wird.³³ Erstmals spricht die Kommission in ihrem Strategiepapier 2009-2010 explizit bilaterale Fragen wie Grenzstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und Kandidaten sowie Kandidaten und Nachbarn an, die die Beitrittsverhandlungen lähmen und beeinträchtigen. Die deutlichen Worte sollen wohl vor künftigen Instrumentalisierungen der Beitrittsverhandlungen warnen und zur zügigen Klärung von Streitigkeiten aufrufen.³⁴

Die Kommission konstatiert, dass Kroatien weiterhin die politischen Kriterien für einen Beitritt erfülle.³⁵ Sie unterstreicht, dass sich das Land aktiv an der regionalen Zusammenarbeit beteilige, eine Forderung, die im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess eine wichtige Rolle spielt. Erhebliche Anstrengungen sind im Bereich Justiz, öffentliche Verwaltung und Korruptionsbekämpfung nötig,³⁶ wobei die EU angesichts diesbezüglicher andauernder massiver Defizite bei den Neumitgliedern Rumänien und Bulgarien³⁷ eine „solide Grundlage für die vollständige Umsetzung des Besitzstands“³⁸ fordert. Weitere Monita

29 Vgl. Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 13. Verhandlungen auf Ministerebene fanden statt am 2.10. und 21.12.2009 sowie am 30.6.2010, auf Ebene der Stellvertreter am 27.11.2009 sowie am 19.2. und 19.4.2010.

30 Vgl. Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 13.

31 Ebd.

32 Vgl. EP: Entschließung zu dem FB Kroatien, 2010, Punkt 13.

33 Vgl. FT.com: Slovenians approve border deal with Croatia, 6.6.2010; Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso: Statement on the results of the referendum in Slovenia, MEMO/10/237, 6.6.2010; Statement von Erweiterungskommissar Stefan Füle auf seiner Website bei der KOM, 7.6.2010.

34 Vgl. KOM: Erweiterungsstrategie 2009-2010, 2009, S. 7-8.

35 Vgl. ebd., S. 39.

36 Vgl. ebd., S. 12; Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 13.

37 Vgl. zuletzt KOM: Berichte an das EP und den Rat über Rumäniens und Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, KOM(2010) 400-401 endg., beide Brüssel, 20.07.2010.

beziehen sich auf die „Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, einschließlich der Rückkehr von Flüchtlingen“.³⁹ Zagreb soll Kriegsverbrecherprozesse nachdrücklich vorantreiben, um seine Glaubwürdigkeit als Rechtsstaat unter Beweis zu stellen. Beim Aufbau funktionsfähiger Strukturen hebt der Rat besonders ab auf ein wirksames Management der Außengrenzen mit der dazu notwendigen Infrastruktur, Ausrüstung und Ressourcen sowie auf Strukturen, die für die Verwaltung und Kontrolle von Finanzinstrumenten der Gemeinschaft zentral sind.⁴⁰

Die Kommission stuft Kroatien als funktionierende Marktwirtschaft ein, der es auch in der Wirtschaftskrise gelungen sei, gesamtwirtschaftliche Stabilität zu wahren.⁴¹ Auch hier werden Strukturreformen gefordert, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt. Generell hat Kroatien aus Sicht der Kommission seine Fähigkeit verbessert, den Besitzstand der Union zu übernehmen und umzusetzen. Schwierige Bereiche bleiben wie erwähnt die Verwaltungskapazitäten sowie die Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums.

Die Kommission hat nach dem Vorbild der fünften Erweiterungsrunde ein Finanzpaket für Kroatien erarbeitet, das Eckpunkte für die ersten beiden Jahre der Mitgliedschaft enthält. Arbeitshypothese ist, dass Kroatien 2012 beitreten wird. Das Finanzpaket bezieht sich demnach auf die Jahre 2012 und 2013. Das heißt, die Kommission legt dar, wie Kroatien in die sechs Rubriken des bis 2013 vereinbarten Haushalts der EU eingepasst werden kann. Insgesamt müssten die Ausgaben um rund 3,5 Mrd. Euro (Verpflichtungen, knapp 20 Mrd. bei den Zahlungsmitteln) erhöht werden, was zu Mehrausgaben von 1,06 bzw. 1,32 Prozent des EU-Haushalts führt. Wie immer liegen die Ausgaben für die Regional- und Kohäsionspolitik am höchsten, gefolgt von den Ausgaben für die Landwirtschaft.⁴² Der Rat nahm diese Mitteilung zur Kenntnis.⁴³ Das EP unterstützt das Bestreben, 2010 die Verhandlungen abzuschließen.⁴⁴ Dann könnte Kroatien nach fünfjährigen Verhandlungen 2012 Mitglied werden, das heißt neun Jahre nach Antragstellung.

Westbalkan und Island

Unter der spanischen Präsidentschaft sorgten zwei Gipfeltreffen dafür, die politische Aufmerksamkeit auf den Westbalkan zu lenken. Zehn Jahre nach dem Gipfel von Zagreb, auf dem die EU den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und Albanien die europäische Perspektive angeboten hatte, bekräftigte die EU auf dem Gipfel von Sarajewo Anfang Juni 2010 dieses Ziel und betonte zugleich die Grundlagen der fairen und rigorosen Konditionalität.⁴⁵ Seitens der EU nahmen Catherine Ashton, Erweiterungskommissar Füle und Außenminister bzw. Vertreter der 27 teil. Die USA entsandten den stellvertretenden Außenminister James Steinberg, außerdem waren Russland und die Türkei (die seit Juni 2009 den Vorsitz des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses [South-East European Cooperation Process, SEECP] innehat) vertreten. Wenn auch weitgehend zeremoniell, so war dieser Gipfel doch

38 Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 13.

39 Ebd.

40 Vgl. ebd.

41 Vgl. KOM: Erweiterungsstrategie 2009-2010, 2009, S. 43.

42 Vgl. Mitteilung der KOM: Finanzpaket für die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, KOM(2009) 595 endg., Brüssel, 29.10.2009.

43 Vgl. Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 21.

44 Vgl. EP: Entschließung zu dem FB Kroatien, 2010, Punkt 2.

45 Vgl. Spanische Ratspräsidentschaft: Statement by the Chair of the High-Level Meeting on the Western Balkans, Sarajewo, 2.6.2010; Rat: 3023. Tagung des Rates (Auswärtige Angelegenheiten), Ratsdokument 11022/10, Luxemburg, 14.6.2010, S. 12.

erfolgreicher als das Treffen in Brdo im März 2010. Serbien war diesem von Slowenien und Kroatien ausgerichteten Treffen wegen der Teilnahme Kosovos ferngeblieben. Die EU war lediglich durch Erweiterungskommissar Füle vertreten, während der Präsident des Europäischen Rats, Herman van Rompuy, die spanische Ratspräsidentschaft, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und HV Ashton fernblieben.

Ashton und Füle bereisten schon kurz nach Aufnahme ihrer Geschäfte den Westbalkan.⁴⁶ Dies geschah auch vor dem Hintergrund wachsender Kritik aus den USA, die EU vernachlässige und unterschätze die Region in ihrer strategischen Bedeutung.⁴⁷ Auch die Türkei engagiert sich dort mehr und mehr, zunächst politisch und im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik, wobei sie an historisch-kulturelle und religiöse Traditionen anknüpft. Der Beitrittskandidat Türkei wirbt für eine Aufnahme Serbiens und anderer Westbalkan-Staaten in die EU. Im April richtete Staatspräsident Abdullah Gül einen trilateralen Gipfel mit Serbien und Bosnien-Herzegowina in Istanbul aus.⁴⁸ Im Januar 2010 schlugen Österreich und Griechenland in einem gemeinsamen Brief an Ashton eine „Agenda 2014“ vor, um den erlahmenden Heranführungs- und Beitrittsprozess durch Zwischenschritte besser zu strukturieren.⁴⁹

Mit Einführung der Visafreiheit für Mazedonien, Montenegro und Serbien ab dem 19.12.2009 hat die EU das süßeste Zuckerbrot und damit den stärksten Reformanreiz bereits aus der Hand gegeben.⁵⁰ Die EU hält an der europäischen Perspektive für alle Westbalkan-Staaten einschließlich Kosovo fest. Dennoch hat vor allem die „Griechenland-Krise“ die Skepsis gegenüber den Aspiranten aus dem Balkan verstärkt.⁵¹ Zudem kann die finanzielle und wirtschaftliche Verflechtung einiger Länder wie Albanien auch unmittelbar destabilisierend wirken. Folgende Entwicklungen sind zwischen Juni 2009 und Juli 2010 im Westbalkan zu konstatieren:

Der Namensstreit verhindert trotz einer positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen Griechenland und Mazedonien weiterhin, dass die EU Verhandlungen mit Skopje eröffnet. Der Rat nahm zur Kenntnis, dass die Kommission in ihrem Fortschrittsbericht vom Oktober 2009 die Aufnahme der Verhandlungen empfiehlt, schloss sich dem aber nicht gleich an, sondern stellte lediglich in Aussicht, darauf unter dem nächsten Vorsitz zurückzukommen.⁵² Auch die Gipfel vom März und vom Juni 2010 gaben, anders als vom EP gefordert, kein grünes Licht.⁵³ Die Kommission, die ihre Empfehlung zur Eröffnung von Verhandlungen absichern muss, gelangte folgerichtig zu der Einschätzung, dass Mazedonien die politischen Kriterien „in ausreichendem Maß“ erfülle. Das ist die bei der Türkei verwendete Formel, die signalisiert, dass die EU Abstriche bei den Kriterien macht bzw. Defizite in diesem Bereich herrschen. Dreh- und Angelpunkt bleibt die Umsetzung des

46 Beide besuchten die Region erstmals vom 17.-19.2.2010. Vgl. Agence Europe: Catherine Ashton and Stefan Füle visit region to underline EU priority of Balkan countries' integration, 18.2.2010.

47 Vgl. u.a. Neue Zürcher Zeitung: Die USA wenden sich dem Balkan zu, 19.5.2009; The Economist: Giving a shunt towards Europe, 21.5.2009 und demgegenüber den gemeinsamen Namensartikel von Hillary Clinton, Catherine Ashton und Miguel Angel Moratinos im Guardian: The Balkans deserve this, 30.5.2010.

48 Vgl. Reuters.com: Bosnia, Serbia pledge to mend ties, lure investors, 25.4.2010.

49 Vgl. den gemeinsamen Brief des stellvertretenden griechischen Außenministers Dimitris P. Droutsas und des österreichischen Außenministers Michael Spindelegger an HV Ashton und die Außenminister der EU-27, Athen, 21.1.2010; Euobserver.com: Vienna and Athens push for quick enlargement, 1.2.2010.

50 Vgl. Reljic, Dusan: Die Zuckerbrotkrise der EU auf dem Westbalkan, SWP-Aktuell 2010/A 20, Berlin, Februar 2010.

51 Vgl. Euractiv.de: Interview mit Dusan Reljic, 31.5.2010.

52 Vgl. Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 17.

53 Vgl. EP: Entschließung zu dem FB Mazedonien, 2010, Punkt 1.

Ohrid-Rahmenabkommens.⁵⁴ Auf dem Weg zu einer funktionierenden Marktwirtschaft ist Mazedonien aus Sicht der Kommission weiter gekommen. Im Übrigen zeigt Mazedonien die üblichen Defizite von Transformationsstaaten hinsichtlich Strukturreformen und der Übernahme des Acquis.

Bis auf Bosnien-Herzegowina und den Sonderfall Kosovo haben nun alle Westbalkan-Staaten Anträge auf Mitgliedschaft gestellt. Der Rat stellte ausdrücklich fest, dass er einen Beitrittsantrag Sarajewos nur prüfen werde, wenn eine Entscheidung über einen Übergang vom „OHR [Amt des hohen Repräsentanten; B.L.] zu einer verstärkten EU-Präsenz getroffen ist.“⁵⁵ Für Montenegro und Albanien steht die Stellungnahme der Kommission noch aus. Beide reichten im Dezember bzw. April 2010 die Antworten auf die umfangreichen Fragebögen der Kommission im Hinblick auf die Übereinstimmung mit dem Acquis bei der Kommission ein. Der Rat wird sich erst nach Vorlage der Stellungnahme der Kommission weiter mit dem Antrag Albaniens befassen. Er zeigt sich besorgt über die ungeordnete politische Situation nach den Parlamentswahlen vom Juni 2009.⁵⁶ Den Antrag Serbiens vom Dezember 2009 nahm der Rat im Juni 2010 zur Kenntnis und stellte lediglich fest, darauf zurückzukommen. Serbien hatte trotz der Signale, dass dies verfrüht sei, den Antrag gestellt. Während eine Mehrheit der Mitgliedstaaten die Antragstellung technisch behandelt wissen und die Kommission ohne weiteres auffordern will, eine Stellungnahme zu erarbeiten, verfolgen beispielsweise die Niederlande und Deutschland eine politische Aussprache im Rat. Das drückt sich auch darin aus, dass der Rat seine Aufforderung an die Kommission zur Stellungnahme schon seit einiger Zeit mit politischen Aussagen oder der Betonung von Grundsatzpositionen verbindet. Das war so im Falle von Montenegro, Island und Albanien.⁵⁷

Der Rat entschied im Juni 2010 nach Einlenken der Niederlande und Belgiens, die Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) einzuleiten. Er fordert aber weiterhin die volle Kooperation mit dem IstGHJ,⁵⁸ also die Auslieferung der Kriegsverbrecher Ratko Mladic und Goran Hadzic.

Im Rahmen der Heranführungshilfe entfallen 2009 und 2010 auf Albanien insgesamt 174,4 Mio., auf Montenegro 67,3 Mio., auf Serbien 393,5 Mio., auf Kosovo 133,4 Mio. und auf Bosnien-Herzegowina 195,1 Mio. Euro.⁵⁹ Das summiert sich auf 963,7 Mio. Euro für die fünf Länder.

Island ragt allein schon deshalb unter den Anwärtern heraus, weil es keiner Heranführungsstrategie zur Bewältigung einer Systemtransformation bedarf. Als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) leistet es bislang sogar Beiträge zur Kohäsionspolitik der EU.⁶⁰ Das Beitrittsgesuch vom 17. Juli 2009 wurde umgehend vom Rat aufgegriffen, der bereits zehn Tage später die Kommission zur Stellungnahme aufforderte. Sie liegt seit dem

54 Vgl. Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 16.

55 Ebd., S. 19.

56 Vgl. Rat: 3023. Tagung, 2010, S. 13; Agence Europe: EU indicates that domestic political crisis could become serious obstacle to European integration, 13.5.2010.

57 Vgl. jeweils Rat: 2937. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei), Ratsdokument 8713/09, Luxemburg, 23./24.4.2009, S. 18; 2957. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten), Ratsdokument 12353/09, Brüssel, 27.7.2009, S. 10; 2973. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten), Ratsdokument 15913/09, Brüssel, 16.11.2009, S. 10.

58 Vgl. Rat: 3023. Tagung, 2010, S. 13.

59 Vgl. KOM: IPA-Planung.

60 Davon unabhängig wird Island IPA-Mittel zur Heranführung an den Acquis erhalten. Vgl. EU: Verordnung des EP und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA), Artikel 1, PE-CONS 12/10, Brüssel, 10.5.2010.

24.2.2010 vor.⁶¹ Zuvor hatte Island den 350-seitigen Fragebogen zu allen relevanten Aspekten des Acquis in Rekordzeit beantwortet. Wichtigster Punkt der Stellungnahme ist, dass die Kommission die Aufnahme von Verhandlungen empfiehlt. Kommissar Füle veranschlagt etwa 14 Monate für die Verhandlungen, die von der Sache her kurz ausfallen können, da Island im Wege der 15-jährigen EWR-Mitgliedschaft und laufenden Übernahme des Binnenmarkt-Acquis geschätzte zwei Drittel des Besitzstandes schon umgesetzt. Jedoch sei kein „fast track“, also Schnellverfahren, vorgesehen, das auf einer politischen Bevorzugung beruhen würde. Außerdem ließ sich die Kommission nicht hinreißen, einen Zeitplan vorzulegen.⁶²

Fraglos erfüllt Island die politischen Kriterien. Auch die wirtschaftlichen Kriterien erfüllt Island, das mit den Folgen des Bankenkrauchs und einem hohen Haushaltsdefizit (über 14 Prozent) zu kämpfen hat. Bei der Übernahme des Rechtsstandes ist Island sehr gut vorbereitet, allerdings benennt die Kommission auch die Bereiche, in denen weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um ohne Abstriche mit dem EU-Besitzstand kompatibel zu sein: Fischerei, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Umwelt, freier Kapitalverkehr und Finanzdienstleistungen. Damit dürften auch die voraussichtlich schwierigen Verhandlungskapitel genannt sein. Die EU vertritt den Standpunkt, dass der Konflikt zwischen Island und der niederländischen und britischen Regierung wegen der strittigen Zahlungsverpflichtungen, die aus dem Zusammenbruch der Bank Icesave resultieren, eine bilaterale Angelegenheit und getrennt vom Beitrittsprozess zu betrachten sei. Allerdings garnierte der Europäische Rat seine Aufforderung an die Kommission, einen Verhandlungsrahmen festzulegen, mit Hinweisen auf das Ziel der Verhandlungen (Übernahme des vollen Besitzstandes) und auf Schwachstellen bei den Finanzdienstleistungen.⁶³ Ob damit künftig bilaterale Streitigkeiten aus den Verhandlungen herauszuhalten sein werden, wird sich erweisen.

Erweiterungsstrategie

Die Grundsätze der Erweiterungsstrategie und der erneuerte Erweiterungskonsens von 2006 – Konsolidierung der Beitrittsangebote, strikte Konditionalität, Kommunikation – gelten fort.⁶⁴ Das heißt, dass die EU keinen weiteren Ländern eine Beitrittsperspektive eröffnet. Definition und Prüfung der Kriterien im Sinne strikter Konditionalität erhalten tendenziell immer größeres Gewicht, je unreifer und kontroverser die Kandidatenländer sind. Die zu frühe Aufnahme Rumäniens und Bulgariens, aber auch die Griechenlandkrise schärfen das Augenmerk für die Einhaltung der politischen und wirtschaftlichen sowie der administrativen Kapazitäten.

In der Kommission Barroso II ist mit Füle erstmals ein Kommissar mit der Doppeltätigkeit für Erweiterung und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) installiert worden. Die Generaldirektion Erweiterung ist nahezu unverändert in ihrem Aufbau und von der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) kaum betroffen. Die HV spielt bislang eine untergeordnete Rolle. Indem sie vor und neben dem Erweiterungs-

61 Vgl. Rat: 2957. Tagung des Rats (Allgemeine Angelegenheiten), Ratsdokument 12353/09 vorl., Brüssel, 27.07.2009; KOM: Commission Opinion on Iceland's application for membership of the EU, COM(2010) 62; dies.: Analytical report accompanying the Commission Opinion on Iceland's application for membership of the EU, SEC(2010) 153, beide Brüssel, 24.2.2010.

62 Vgl. KOM: Opinion on Iceland's application, 2010, S. 3.

63 Vgl. Europäischer Rat (Brüssel): Schlussfolgerungen, 17.6.2010, S. 9 (Rdnr. 24-25).

64 Vgl. KOM: Erweiterungsstrategie 2009-2010, 2009, S. 1; Rat: 2984. Tagung, 2009, S. 9; Europäischer Rat (Brüssel): Schlussfolgerungen, 17.6.2010, S. 9 (Rdnr. 24).

kommissar die außen- und sicherheitspolitischen Kontexte und Aspekte des Beitritts des einen oder anderen Landes betont, wie bei ihrer Westbalkan-Tour und den Gesprächen in Istanbul, kann sie die politische Botschaft und Position der EU verstärken.⁶⁵ Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon bringt wenige Neuerungen. Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten ist für die Behandlung der Beitrittsanträge und die Begleitung des gesamten Erweiterungsprozesses zuständig. Die rotierende Präsidentschaft führt den Vorsitz der Beitrittskonferenzen. Ausdrücklich findet erstmals der Europäische Rat im Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) über die Aufnahme neuer Mitglieder Erwähnung, insofern die von ihm „vereinbarten Kriterien“ im Aufnahmeverfahren zu berücksichtigen seien. Der neue Präsident des Europäischen Rats spielt bislang noch keine eigene Rolle. Neuerdings werden neben dem EP auch nationale Parlamente über einen Antrag unterrichtet. Die Mitgliedstaaten ratifizieren wie gehabt gemäß ihren nationalen Bestimmungen, das heißt, auch Referenda sind nicht auszuschließen.

Weiterführende Literatur

Graham Avery: Uses of time in the EU's enlargement process, in: *Journal of European Public Policy* 2/2009, S. 256-269.

Das Parlament, Themenausgabe EU-Beitrittskandidaten, Nr. 30-31, 26.7.2010.

David Phinnemore: And We'd Like to Thank... Romania's Integration into the European Union, 1989-2007, in: *European Integration* 3/2010, S. 291-308.

Ruprecht Polenz: Besser für beide. Die Türkei gehört in die EU. Hamburg 2010.

65 Vgl. Agence Europe: Catherine Ashton and Stefan Füle in Istanbul to „confirm prospect of accession“ for country, 13.7.2010.